



Liebe Leserin, lieber Leser

anbei die "NewsInternational" - Ausgabe November 2018. Enthalten sind Nachrichten zu Veranstaltungen, Ländern und Märkten, Zoll- und Außenwirtschaftsrecht und Publikationen.

Viel Spaß beim Lesen,  
Emanuel Weishäupl

Inhaltsverzeichnis

#### **Blickpunkt**

- » **Großes Interesse an Brexit-Roadshow: Mehr als 1300 Teilnehmer informieren sich zu möglichen Auswirkungen des Brexit auf den gegenseitigen Warenverkehr**
- » **DIHK veröffentlicht AHK World Business Outlook im Herbst 2018**

#### **Länder/Märkte**

- » **Der Brexit von A bis Z**
- » **Ausbildungspreis 2018 der AHK USA geht an Brose und Wittenstein**
- » **Bewerben Sie sich jetzt für den niedersächsischen Außenwirtschaftspreis 2019!**
- » **Bilaterale Energiebeziehung: Der Deutsch-Japanische Dialog wird fortgesetzt**

#### **Außenwirtschaftsförderung**

- » **Ausschreibung für gemeinsame Forschungs- und Entwicklungsprojekte zwischen Deutschland und Kanada**

#### **Zoll- und Außenwirtschaftsrecht**

- » **Iran-Sanktionen der USA gehen in die nächste Runde**
- » **EU-Umfrage zum Single Window (einzige Anlaufstelle für Zollangelegenheiten)**

#### **Veranstaltungen**

- » **Wirtschaftsforum Bulgarien am 11. Dezember 2018 in der IHK Potsdam**
- » **6. Russland-Konferenz „Markt, Modernisierung, Mittelstand: Russlands Wettbewerbsfähigkeit – neue Wege!“ am 21. Februar 2019 im DIHK in Berlin**

## **Blickpunkt**

### **Großes Interesse an Brexit-Roadshow: Mehr als 1300 Teilnehmer informieren sich zu möglichen Auswirkungen des Brexit auf den gegenseitigen Warenverkehr**

(DIHK) Insgesamt mehr als 1300 Teilnehmer nutzten die Möglichkeit, sich im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Brexit und Zoll“ über den geplanten Austritt des Vereinigten Königreiches und die diesbezüglichen Auswirkungen auf den gegenseitigen Warenverkehr zu informieren. Im Fokus standen u.a. anwendbare Zollverfahren, zollrechtliche Bewilligungen sowie Umstellungen bei der Besteuerung von gegenseitigen Liefergeschäften. Auch die Themen Warenursprung und

Präferenzen sowie Verbote und Beschränkungen einschließlich Exportkontrollfragen kamen zur Sprache.

Die Veranstaltung richtete sich dabei nicht nur an im Handel mit Drittstaaten erfahrene Unternehmen. Ziel war es insbesondere auch diejenigen Betriebe anzusprechen, die bislang noch keine oder nur geringe Kenntnisse zu zolltechnischen Anforderungen im Außenwirtschaftsverkehr hatten. Die Referenten des Bundesfinanzministeriums (BMF) und der Generalzolldirektion (GZD) wiesen darauf hin, welche Vorbereitungen bereits jetzt von den Unternehmen getroffen werden könnten, bspw. die Beantragung einer EORI-Nummer oder die Einrichtung eines ATLAS-Kontos. Zudem wurden verschiedene Zollverfahren, Verfahrensvereinfachungen und unterschiedliche zollrechtliche Bewilligungen vorgestellt.

Die von AVE, BGA, DSLV und DIHK gemeinsam mit dem BMF und der GZD initiierte Veranstaltungsreihe „Brexit und Zoll“ fand im Zeitraum September bis November 2018 an sieben Standorten der IHK-Organisation statt: Stuttgart, Nürnberg, Leipzig, Frankfurt am Main, Köln, Berlin und Hamburg.

Ansprechpartner: Steffen Behm, DIHK;  
<http://behm.steffen@dihk.de>; 030 20308-2321

## DIHK veröffentlicht AHK World Business Outlook im Herbst 2018

(DIHK) Die globalen Konjunkturerwartungen der deutschen Unternehmen sind deutlich zurückgegangen. Das zeigt der am 9.11.2018 vom Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) vorgestellte "AHK World Business Outlook".

Für die Untersuchung hatten die Deutschen Auslandshandelskammern (AHKs) im September und Oktober eine Befragung durchgeführt, an der sich weltweit über 3.500 deutsche Unternehmen, Niederlassungen und Tochtergesellschaften sowie Betriebe mit engem Deutschlandbezug beteiligten.

"Wenn man auf die aktuellen Themen der Handelspolitik schaut, kann einem schon schwindelig werden", sagte DIHK-Präsident Eric Schweitzer, als er die Umfrageergebnisse gemeinsam mit DIHK-Außenwirtschaftschef Volker Treier in Berlin präsentierte. Dabei werde die globale Agenda insbesondere vom handelspolitischen Kurs der USA und dem Handelsstreit der USA mit China bestimmt, betonte Schweitzer. Es bestehe nach den Midterm Elections wenig Anlass, eine Kurskorrektur bei der Handelspolitik des US-Präsidenten zu erwarten. Zumal er auch bei den Demokraten "Skepsis mit Blick auf Freihandelsabkommen" sehe, so der DIHK-Präsident. "Die Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft sind für mich deutlich", fuhr er fort. "Die Sorge vor Handelsbarrieren mit den USA klettern auf ein Allzeithoch." Dank der Sonderkonjunktur durch die US-Steuerreform blieben die Vereinigten Staaten der wichtigste deutsche Absatzmarkt. "Aber täuschen wir uns nicht, der Konflikt – gerade um die Autozölle – ist nur verschoben." Wichtig werde hier sein, dass die EU mit einer Stimme spreche.

DIHK-Außenwirtschaftschef Volker Treier stellte in Berlin Details aus dem aktuellen World Business Outlook vor. Die Ergebnisse gäben "leider Anlass zur Besorgnis", sagte er. "Alle Umfragewerte und Stimmungsindikatoren weisen nach unten." Welthandel und Weltkonjunktur gerieten unter Druck. Global werde das Bruttoinlandsprodukt 2018 statt um 4 Prozent, wie vom DIHK noch zu Jahresbeginn prognostiziert, nur um 3,6 Prozent zulegen können. Und auf Basis der aktuellen Erhebung sei für 2019 mit keiner Besserung zu rechnen: "Der DIHK erwartet einen Zuwachs von 3,5 Prozent – und das auch nur, wenn die Dinge gut laufen." In puncto Welthandel zeichnete Treier ein ähnlich verhaltenes Bild: "Sind wir zu Anfang des Jahres noch von einem Wachstum von 4,9 Prozent ausgegangen, liegt unsere Prognose bei nur noch 4,0 Prozent." Für 2019 gehe der DIHK von 3,7 Prozent aus.

Im weltweiten Durchschnitt schätzten die Betriebe sowohl ihre Lage als auch ihre künftigen Geschäfte deutlich schlechter ein als noch zu Jahresbeginn. "Der Saldo aus Besser- und Schlechter-Meldungen bei den Erwartungen sinkt deutlich von 53 auf 36", berichtete der DIHK-Außenwirtschaftschef. "Auch in den weltweiten Investitions- und Beschäftigungsplänen müssen die Unternehmen einen Gang runterschalten."

Die Broschüre sowie das Pressestatement finden Sie [hier](#).

## Der Brexit von A bis Z

DIHK veröffentlicht kostenfreies Glossar

(DIHK) In einer Rede am 23. Oktober hat sich die Queen erstmals mit Bezug auf den Brexit geäußert, als sie sagte, dass die Briten einer „neuen Partnerschaft mit Europa“ entgegenblicken und dass „unsere gemeinsamen Werte und unser Engagement füreinander das größte Kapital“ seien. Ob dies nun ein Statement für oder gegen den Brexit war, wollen wir nicht weiter beleuchten. Um jedoch ein wenig Licht in die Wirren des Brexit zu bringen, hat der DIHK nun ein **Brexit-Glossar** herausgegeben.

Alles Weitere finden Sie in unserem aktuellen Brexit-Newsletter: <http://www.dihk.de/brexitnews>.

## Ausbildungspreis 2018 der AHK USA geht an Brose und Wittenstein

(AHK/RGIT) Am 14.11. richteten die AHK USA und RGIT im Büro des RGIT in Washington, DC, die Verleihung des diesjährigen Ausbildungspreises aus. Geehrt wurden Brose North America, Inc. und WITTENSTEIN Holding Corp. für ihr Engagement bei der Implementierung hochwertiger und erfolgreicher Ausbildungsprogramme nach deutschem Vorbild in den USA. Dadurch leisten die beiden Unternehmen einen wertvollen Beitrag zur Bekämpfung des Fachkräftemangels und eröffnen jungen Menschen Karriereperspektiven jenseits der klassischen College-Ausbildung. Beide Programme wurden von der **AHK USA** unterstützt und zertifiziert.

Hauptrednerin bei der Preisverleihung war Dr. Emily Haber, die deutsche Botschafterin in den USA. Im Rahmen einer Podiumsdiskussion tauschten sich Dr. Achim Dercks, Stellvertretender Hauptgeschäftsführer des DIHK, James Foti, US-Department of Labor, und Nicole Heimann, Director Skills Initiative der AHK USA Süd, mit Azubis der ausgezeichneten Unternehmen zu den Vorteilen von dualen Berufsbildungsprogrammen sowie über die in diesem Kontext stattfindende deutsch-amerikanische Zusammenarbeit aus.

Die Veranstaltung war Teil der **National Apprenticeship Week** in den USA. Im Zuge dessen werben Stakeholder im ganzen Land für konkrete duale Berufsbildungsprogramme als auch für diesen alternativen Ausbildungsweg im Allgemeinen. Die Ausbildungswoche ist ebenfalls Teil des Deutschlandjahres in den USA, das unter dem Motto „**WunderbarTogether**“ ein Jahr lang die deutsch-amerikanische Freundschaft zelebriert.

## Bewerben Sie sich jetzt für den niedersächsischen Außenwirtschaftspreis 2019!

(IHK) Im kommenden Jahr verleiht das Land Niedersachsen zum zehnten Mal den Außenwirtschaftspreis – auch „Export Oskar“ des Nordens genannt – um Unternehmen für ihre exzellenten Exporterfolge zu ehren.

Der weltweit dynamische Wandel in Politik, Wirtschaft, Umwelt und Technologie beeinflusst auch niedersächsische Unternehmen. Die richtigen Wege und Strategien für einen erfolgreichen Export zu finden, ist deshalb eine große Herausforderung. Gelingen die internationalen Geschäfte allerdings, eröffnen sich neue Märkte.

Sie exportieren Ihre Produkte und Dienstleistungen bereits erfolgreich? Dann sollte sich Ihr Unternehmen für den Außenwirtschaftspreis 2019 bewerben. Sie profitieren durch:

- die offizielle Bestätigung ihrer Exporterfolge durch das Land Niedersachsen
- eine umfangreiche mediale Berichterstattung
- einen Imagegewinn durch die große öffentliche Wahrnehmung auf der HANNOVER MESSE
- den Dreh eines Imagefilms, der ihr Unternehmen (KMU) vorstellt und Ihnen zur Verfügung gestellt wird

Der Preis wird am 3. April 2019 auf der HANNOVER MESSE im Rahmen des 16. Außenwirtschaftstages durch den Niedersächsischen Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung verliehen. Bewerben können sich alle kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) sowie Großunternehmen (GU) aus Niedersachsen, die im Ausland aktiv sind.

**Bewerbungsschluss ist am 7. Februar 2019. Das Bewerbungsformular finden Sie anbei oder auch unter [http:// www.nds.de](http://www.nds.de) zum Download.** Das Ausfüllen des Bewerbungsbogens dauert nicht länger als eine Stunde. Bitte beachten Sie die beigefügte Datenschutzerklärung und die Teilnahmebedingungen und denken Sie daran, uns diese im Rahmen Ihrer Bewerbung zu bestätigen.

## Bilaterale Energiebeziehung: Der Deutsch-Japanische Dialog wird fortgesetzt

(AHK) Seit nun zwei Jahren unterstützt die Deutsche Industrie- und Handelskammer in Japan (AHK Japan) gemeinsam mit den Projektpartnern adelphi, dem Ostasiatischen Verein (OAV) und dem Wuppertal Institut (WI) den energiepolitischen, bilateralen Austausch des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) mit Japan. Im Rahmen des **Dialogs** etablierte das Konsortium in diesem Jahr eine Eventreihe aus kleinformigen Diskussionsrunden, zu denen Repräsentanten aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft eingeladen wurden. Eine besondere Rolle kam dem Thema Wasserstoff zu. Ein Expertentreffen rund um das Thema „Transportsektor der Zukunft“ sowie ein Symposium „Innovative Energiesysteme“ widmeten sich der vielseitigen Zukunftstechnologie. Auch im kommenden Jahr sollen die unterschiedlichen Eventformate den politischen und wissenschaftlichen Austausch zwischen Deutschland und Japan weiter fördern und darüber hinaus Unternehmen aus dem Energiesektor neue Möglichkeiten bieten, sich auf dem japanischen Markt zu positionieren. Insbesondere die Themen Offshore-Windenergie und Netzintegration von erneuerbaren Energien werden wesentliche Schwerpunkte der Agenda 2019 sein.

## Außenwirtschaftsförderung

### Ausschreibung für gemeinsame Forschungs- und Entwicklungsprojekte zwischen Deutschland und Kanada

(DIHK/BMWi/NRC) Kanada und Deutschland veröffentlichen hiermit eine Ausschreibung für gemeinsame Forschungs- und Entwicklungsprojekte (FuE-Projekte) zur Entwicklung innovativer Produkte, Verfahren oder technischer Dienstleistungen aus allen Technologie- und Anwendungsbereichen. Es wird erwartet, dass die Antragsteller marktreife Lösungen für Produkte, Dienstleistungen oder Verfahren entwickeln, die über ein großes Marktpotenzial verfügen.

Das deutsche Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) und der kanadische nationale Forschungsrat (NRC) ermöglichen den Zugang zu öffentlichen Fördermitteln für ausgewählte gemeinsame deutsch-kanadische Projekte über das Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM) sowie das Research-Assistance-Program des nationalen kanadischen Forschungsrats (NRC-IRAP). Minimalvoraussetzung für ein Projektkonsortium ist die Teilnahme von mindestens einem KMU jeweils aus Deutschland und Kanada. Zusätzlich sind weitere Unternehmen und in Deutschland auch Forschungseinrichtungen willkommen. In Deutschland erfolgt die Förderung im Rahmen des Zentralen Innovationsprogramms Mittelstand (ZIM).

Das BMWi (unterstützt durch die AiF Projekt GmbH - Projektträger des BMWi) und der NRC unterstützen die Projektpartner in der Phase der Einreichung von Projektvorschlägen, in der Evaluierungs- und in der Monitoringphase.

Förderfähige Projektpartner aus Deutschland und Kanada finanzieren ihre Projektkosten aus den jeweiligen nationalen Förderprogrammen (ZIM in Deutschland und NRC-IRAP in Kanada) und bringen den notwendigen Eigenanteil selbstständig auf. Die Projektlaufzeit sollte zwei Jahre nicht überschreiten und kann nach ausreichender Begründung in beiden Ländern auf ein drittes Jahr ausgeweitet werden. Jeder Partner, dessen Kooperationsprojekt die Anforderungen erfüllt, kann im Einklang mit den nationalen Gesetzen, Regelungen und Richtlinien einen Antrag einreichen.

Abgabefrist für das gemeinsame Antragsformular ist der 28. Februar 2019

Das entsprechende Dokument „Projektskizze für Kooperationsprojekte“ sowie weitere Informationen finden Sie unter <http://www.zim.de>.

Zur detaillierten Ausschreibung gelangen Sie [hier](#).

## Zoll- und Außenwirtschaftsrecht

### Iran-Sanktionen der USA gehen in die nächste Runde

(DIHK) Deutschland, Frankreich, Großbritannien, China, Russland und die USA (E3+3 Gruppe) einigten sich im Juli 2015 mit dem Iran darauf, dass das iranische Atomprogramm eingestellt wird. Der Iran stimmte der Kontrolle durch die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO) zu. Seit Januar 2016 haben die Vereinten Nationen (UN), die Europäische Union (EU) und die USA ihre Sanktionen gelockert. Das Abkommen stimmte die deutsche Wirtschaft positiv, sie rechnete mit

Geschäftschancen und einem Investitionsbedarf im Iran von rund einer Billion US-Dollar bis 2025. Am 8. Mai 2018 kündigte US-Präsident Donald Trump das Atomabkommen jedoch auf. In Folge führten die USA wieder schärfere Sanktionen gegen den Iran ein – zuletzt am 5. November 2018. Diese Sanktionen gefährden das europäische und deutsche Iran-Geschäft.

Mit dem Inkrafttreten der jüngsten US-Sanktionen wird jetzt das iranische Öl- und Gasgeschäft getroffen – die wichtigste Einnahmequelle des Landes. Zudem zielen die Sanktionen auf den Finanz- und Logistiksektor. Das führt dazu, dass sich deutsche und europäische Banken aus der Zahlungsabwicklung des Iran-Geschäfts zurückziehen. Seit dem 7. August 2018 sanktionieren die USA bereits den Kauf oder Erwerb von US-Banknoten durch die iranische Regierung. Außerdem sind der Handel mit Gold oder Edelmetallen, Graphit, Kohle und industrieller Software sowie die Lieferung von Flugzeugen und Flugzeugteilen und der Automobilssektor betroffen. Mit deutlichen Folgen: Die iranische Wirtschaft steht bereits am Rande einer Rezession. Die Wirtschaft dürfte auf absehbare Zeit schrumpfen. Angesichts der hohen Teuerungsrate reduzieren sowohl Haushalte als auch die Privatwirtschaft ihre Ausgaben.

2017 stiegen deutsche Exporte in den Iran gegenüber 2016 noch um 15 Prozent und erreichten einen Stand von rund 2,9 Milliarden Euro. In den ersten acht Monaten des Jahres 2018 gaben sie im Vergleich zum Vorjahreszeitraum bereits um 4 Prozent nach. Dieser Negativtrend dürfte sich mit den jüngsten US-Sanktionen gegen den Iran nochmals deutlich verstärken. Deutsche Unternehmen ziehen sich angesichts der aktuellen Lage vermehrt aus der islamischen Republik zurück und schließen ihre Repräsentanzen. Denn es fehlt nicht nur an Banken, die das Geschäft mit dem Iran abwickeln und finanzieren; viele Unternehmen treibt auch die Sorge um, ihr US-Geschäft zu verlieren, wenn sie weiterhin im Iran aktiv sind.

Die EU und die Bundesregierung betonen zwar, trotz der einseitigen Aufkündigung der USA an dem Atomabkommen mit dem Iran festzuhalten. Allerdings wird es zunehmend schwieriger, den wirtschaftlichen Erwartungen des Iran an das Abkommen gerecht zu werden. Die von der EU geplante Zweckgesellschaft (Special Purpose Vehicle) zur Initiierung einer Tauschbörse mit dem Iran weckt zugleich leichte Hoffnungen. Sie könnte folgendermaßen funktionieren: Ein deutscher Maschinenbauer liefert seine Maschine in den Iran. Bezahlt wird er nicht aus dem Iran, sondern aus Italien von dem Unternehmen, das Erdöl aus dem Iran bezogen hat. Damit dieser Ansatz helfen kann, muss die Zweckgesellschaft jetzt allerdings zügig ihre Arbeit aufnehmen und dabei unbürokratisch sein. Fakt ist, dass der Zeiger zur Rettung der deutsch-iranischen Wirtschaftsbeziehungen bereits auf fünf vor zwölf steht. Das deutsche und europäische Iran-Geschäft läuft Gefahr, gänzlich zum Erliegen zu kommen. Was deutsche Unternehmen nach dem Ausstieg der USA aus dem Atomabkommen mit dem Iran beachten sollten, hat der DIHK in einem [Factsheet mit Stand November 2018](#) zusammengefasst.

Ansprechpartner:

Philipp Andree, DIHK Berlin, Telefon 030 20308-2306

Dr. Angela Dube, DIHK Berlin, Telefon 030 20308-2320

## **EU-Umfrage zum Single Window (einzige Anlaufstelle für Zollangelegenheiten)**

(DIHK) Die Europäische Kommission hat eine öffentliche Umfrage zur Folgenabschätzung eines sogenannten EU Single Windows (einzige Anlaufstelle) für Zollangelegenheiten gestartet.

Das Single-Window soll den am internationalen Warenverkehr beteiligten Parteien ermöglichen, standardisierte Informationen, Dokumente und Anträge bei einer einzigen Anlaufstelle vorzulegen, um allen rechtlichen Verpflichtungen in Bezug auf Einfuhr, Ausfuhr oder Durchfuhr nachzukommen. Werden die Angaben auf elektronischem Wege zur Verfügung gestellt, sollen die einzelnen Datenelemente nur einmal übermittelt werden. Das Projekt "Single-Window" ist Bestandteil des IT-Arbeitsprogramms des Unionszollkodex. Mit der aktuellen Konsultation nimmt die EU-Kommission nun eine Folgenabschätzung vor, um weitere Entwicklungsschritte des Projekts vorzubereiten.

Unter anderem fragt die EU-Kommission, ob sich die Situation bezüglich der Vorlage von ein und dieselbe Warensendung betreffenden Unterlagen bei mehr als einer Behörde in den letzten Jahren verschlechtert oder verbessert hat. Auch erkundigt sich die EU-Kommission, inwieweit gegebenenfalls unterschiedliche Datenanforderungen in den einzelnen Mitgliedstaaten bestehen. Die Unternehmen werden zudem gebeten, den Kostenaufwand für die Erledigung erforderlicher Formalitäten zu schätzen.

Angesprochen sind insbesondere Unternehmen, die Waren importieren oder exportieren, für die besondere Einfuhr-/Ausfuhr-/Transportgenehmigungen oder -lizenzen bzw. andere Dokumente erforderlich sind (z.B. Einfuhr von Futtermitteln, Veterinär dokumente, Abfälle). Ebenso können Behörden, die solche Dokumente auf Antrag ausstellen oder in anderer Form rechtliche

Anforderungen überprüfen, an der Umfrage teilnehmen.

Die Umfrage läuft noch bis zum 16. Januar 2019 und steht für interessierte Wirtschaftsbeteiligte auch auf Deutsch zur Verfügung. Dazu ist nach dem Aufruf des folgenden Links die Sprachauswahl „DE“ vorzunehmen:

[https://ec.europa.eu/eusurvey/runner/EU\\_SW\\_Environment\\_4\\_Customs\\_Public\\_Consultation](https://ec.europa.eu/eusurvey/runner/EU_SW_Environment_4_Customs_Public_Consultation)

## Veranstaltungen

### **Wirtschaftsforum Bulgarien am 11. Dezember 2018 in der IHK Potsdam**

(DIHK) Die IHK Potsdam organisiert gemeinsam mit dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK), dem Ost-Ausschuss – Osteuropaverein der Deutschen Wirtschaft e.V. (OAOEV), der Auslandshandelskammer (AHK) Bulgarien, dem Deutsch-Bulgarischen Forum e.V. (DBF) und der bulgarischen Botschaft am Dienstag, den 11. Dezember 2018, das Wirtschaftsforum Bulgarien. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) unterstützt die Veranstaltung.

Es wird unter anderem die Vize-Wirtschaftsministerin der Republik Bulgarien, Frau Liliya Ivanova, erwartet.

Die Veranstaltung beleuchtet die aktuellen Tendenzen und Perspektiven für die Zukunft der deutsch-bulgarischen Wirtschaftsbeziehungen. Nach den Grußworten werden Experten Entwicklungen, Möglichkeiten und Herausforderungen des Investitionsstandortes Bulgarien aufzeigen. Zudem wird es Erfahrungsberichte einiger KMU zum Thema Markterschließung und Marktausbau geben. Die Veranstaltung findet in der Industrie- und Handelskammer Potsdam (IHK Potsdam), Breite Straße 2 a-c, 14467 Potsdam statt.

Das Programm und die Anmeldemöglichkeit finden Sie [hier](#).

Dies könnte Sie auch interessieren:

**Brexit-Newsletter:** <https://www.dihk.de/themenfelder/international/europaeische-union/brexit/newsletter>

**Trade-Newsletter:** <https://www.dihk.de/themenfelder/international/info/trade-news>

Herausgeber:  
DIHK | Deutscher Industrie- und Handelskammertag  
e.V.  
Breite Straße 29  
D-10178 Berlin  
Telefon 030 20308-0  
Fax 030 20308-1000  
E-Mail [info@dihk.de](mailto:info@dihk.de)

Um die Bilder und Infografiken unseres Newsletters direkt angezeigt zu bekommen, fügen Sie die Absender-Adresse zu Ihren Kontakten hinzu.

Sollten Sie kein Interesse an weiteren Newslettern haben, können Sie sich [hier abmelden](#)



Finden Sie uns auf Facebook



Finden Sie uns auf Twitter